

**Fragebogen der Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus
im Hinblick auf die Landtags- und Bundestagswahlen am 22. September 2013**

Name: Kordula Schulz-Asche, Bundestagskandidatin im WK 181

Partei: Bündnis 90/Die Grünen

Datum: 31. Juli 2013

Zutreffende Antworten bitte ankreuzen!

1. Waren Sie gegen den jüngsten Ausbau des Frankfurter Flughafens (Bau einer neuen Bahn)?

Ja

Nein

Wenn ja: In welcher Weise haben Sie sich gegen diesen Ausbau eingesetzt (z.B. Abstimmungen im Landtag oder in Parteigremien)?

Antwort:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN haben in der 1997 begonnenen Debatte um den neuerlichen Ausbau des Frankfurter Flughafens von Anfang an eine eindeutige Ablehnung formuliert, und zwar auf allen politischen Ebenen. Die Landtagsfraktion hat in ungezählten parlamentarischen Initiativen das Thema auf die Tagesordnung gebracht und stets gegen ungebremste Expansion und für den Schutz der Lebensqualität im Rhein-Main-Gebiet gestritten. Seit diesem Zeitpunkt haben wir GRÜNE den Flughafenausbau und die daraus resultierenden Belastungen immer wieder auch zum Thema in Wahlkämpfen gemacht und um Stimmen der AusbaugegnerInnen geworben.

2. Das Umweltbundesamt⁽¹⁾, der Deutsche Ärztetag 2012⁽²⁾ sowie die Deutsche Herzstiftung e.V.⁽³⁾ fordern zum Schutz der Bevölkerung vor fluglärmbedingten Gesundheitsgefahren ein absolutes Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr.

Setzen Sie sich ebenfalls für ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen in dieser Zeit ein?

Ja

Nein

Anmerkung : Die Forderung nach einem Flugverbot für die gesamte Nacht – und zwar unabhängig vom Flughafenausbau – gehört zu den programmatischen Grundforderungen der GRÜNEN: „KEIN AUSBAU – NACHTFLUGVERBOT JETZT“ haben wir nicht nur in unser Landtagswahlprogramm, sondern auch vielfach auf Plakate und Flugblätter geschrieben. Wir sehen mit

^[1] Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gesundheitschaeden-umweltbundesamt-fordert-nachtflugverbot-a-820678.html>

^[2] Siehe <http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.2.20.8678.10300.10480.10503.11105&all=true>

^[3] Siehe http://www.herzstiftung.de/pressemedien_artikel.php?articles_ID=529

Genugtuung, dass diese Forderung aktuell immer mehr kompetente Unterstützung findet.

3. Der gesetzliche Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm ist derzeit gering. Mehrere Bundesländer haben deshalb im Bundesrat Initiativen zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes eingebracht. Der Gesetzesvorschlag des Landes Rheinland-Pfalz würde dabei die Menschen am wirksamsten schützen; der Vorschlag des Landes Hessen bleibt dahinter deutlich zurück⁽⁴⁾.

Setzen Sie sich für den Vorschlag des Landes Rheinland-Pfalz ein?

Ja X
Nein

Anmerkung : Die Bundesratsinitiative von Schwarz-Gelb in Hessen ist zahnlos. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft bei der Festlegung oder Änderung von Flugrouten beteiligt werden und sehen Rot-GRÜN in Rheinland-Pfalz an unserer Seite.

4. Die Frankfurter Fluglärmkommission hat im Februar 2013 ein „10-Punkte-Programm“ zum Fluglärmschutz verabschiedet und die politischen Parteien aufgerufen, dieses Programm in die jeweiligen Wahl-/Regierungsprogramme zu übernehmen⁽⁵⁾. Obwohl neben betroffenen Kommunen u.a. auch Lufthansa, Fraport und das Land Hessen in der Frankfurter Fluglärmkommission vertreten sind, wurde das „10-Punkte-Programm“ von der ganz überwiegenden Kommissionsmehrheit verabschiedet. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF) hat im April 2013 ein ähnliches „10-Punkte-Programm“ aufgestellt⁽⁶⁾.

Setzen Sie sich für die Umsetzung des „10-Punkte-Programms“ der Frankfurter Fluglärmkommission bzw. der ADF in der nächsten Legislaturperiode ein?

Ja X
Nein

Anmerkung : DIE GRÜNEN unterstützen das 10-Punkte-Programm der Fluglärmkommission in seinen wesentlichen Zielen, wenn diese auch z. T. nicht hinreichend konkret formuliert sind. Im „GRÜNEN Regierungsprogramm 2014-2019“ zur Landtagswahl sind wesentliche Forderungen des 10-Punkte-Programms präzisiert enthalten.

^[4] Siehe die Bewertung und die Synopse der Fluglärmkommission unter http://www.flk-frankfurt.de/eigene_dateien/presse/2013/gemeinsame_pm_der_umweltverbaende_zur_aktuellen_br-initiativen_25.4.2013.pdf

^[5] Siehe unter http://www.flk-frankfurt.de/seite/de/fluglaerm/537/-/Das_10-Punkte-Programm_der_Fluglaermkommission_Frankfurt.html

^[6] Siehe unter http://www.flk-frankfurt.de/eigene_dateien/stellungnahmen/pdf-2013/das_10-punkte-programm_der_adf_19.4.2013.pdf

5. Es ist medizinisch erwiesen, dass Fluglärm krank macht. Eine aktuelle wissenschaftliche Studie prognostiziert, dass bei der heutigen Zahl der Flugbewegungen bis zum Jahr 2021 im Umfeld des Frankfurter Flughafens 23.400 Menschen fluglärmbedingt an Herz- und Kreislaufkrankheiten, Depressionen, Schizophrenie, Demenz, Alzheimer und Krebs erkranken werden, davon 3.400 mit tödlichem Ausgang⁽⁷⁾. Nach der Planung von Fraport soll die Zahl der jährlichen Flugbewegungen von 420.000 (2012) auf 701.000 (2020) steigen.

Sind Sie angesichts der erwiesenen Gesundheitsgefahren des Fluglärms dafür, die Zahl der Flugbewegungen gegenüber der Planung deutlich zu reduzieren?

Ja X
Nein

Wenn ja: Auf welche Zahl?

Antwort: Insgesamt halten wir GRÜNE ebenso wie die Bürgerinitiativen eine Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt für dringend nötig. Die für 2020 von FRAPORT geplanten 701.000 Flugbewegungen sind absolut unzumutbar. Schon jetzt sind die Grenzen der Belastbarkeit vielerorts überschritten. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass im ersten Schritt endlich ein Deckel auf die Zahl der Flugbewegungen kommt. Dafür werden wir prüfen, welche Möglichkeiten es auf der bestehenden gesetzlichen Grundlage dafür gibt und uns auch für Veränderungen des Luftverkehrsgesetzes einsetzen. Aufgrund der Komplexität dieser sehr juristischen Fragen, wäre es nicht seriös, jetzt eine genaue Zahl zu versprechen. Aber so wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben.

6. Als wesentlicher Bestandteil ihrer „Allianz für Lärmschutz“ haben die hessische Landesregierung, die Deutsche Flugsicherung und die Luftverkehrswirtschaft im Februar 2012 vereinbart, bis zum Ende des Jahres 2014 das sog. Point-Merge-Verfahren einzuführen⁽⁸⁾. Die Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus verspricht sich von diesem Verfahren eine spürbare Verringerung des Fluglärms in der gesamten Rhein-Main-Region.

Werden Sie sich, wenn Ihre Partei an der nächsten Landes- bzw. Bundesregierung beteiligt sein sollte, für die Einführung des Point-Merge-Verfahren bis zu dem genannten Zeitpunkt einsetzen?

Ja
Nein X

Anmerkung : Das Point-Merge Verfahren ist sicherlich eine Möglichkeit, lange Anflugwege in vergleichsweise niedriger Höhe und damit besondere Lärmbelastungen zu vermindern. Insoweit ist es eine Maßnahme, die zu einer Entlastung beim Fluglärm führen kann, und deshalb zu begrüßen.

^[7] Siehe <https://www.thieme-connect.de/ejournals/abstract/10.1055/s-0033-1333785>

^[8] Siehe die Präsentation unter https://verwaltung.hessen.de/irj/HMWVL_Internet?rid=HMWVL_15/HMWVL_Internet/nav/607/60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,36b70017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,22222222-2222-2222-2222-222222222222,22222222-2222-2222-2222-222222222222,11111111-2222-3333-4444-100000005003.htm&uid=60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4

Allerdings darf es nicht länger als Alibi für weitere Steigerungen bei den Flugbewegungen herhalten, nach dem Motto: „es wird ja leiser, da geht dann auch noch mehr“. Eine Deckelung der Zahl der Flugbewegungen ist am hochbelasteten Standort Frankfurt die Grundlage für alle dauerhaft wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung.

7. Die Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus ist der Auffassung, dass es keine tatsächlich neutrale Stelle gibt, die die Entwicklung und die Auswirkungen des Fluglärms am Frankfurter Flughafen untersucht und darüber objektiv informiert. Das „Umwelthaus“ in Kelsterbach kann diese Aufgabe derzeit nicht wahrnehmen: Es steht im Alleineigentum des Landes Hessen, wird im Wesentlichen von der hessischen Staatskanzlei^[9] sowie von Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft^[10] finanziert, und sein Geschäftsführer ist GmbH-rechtlich abhängig von Weisungen der hessischen Landesregierung.

Werden Sie sich, wenn Ihre Partei an der nächsten Landes- bzw. Bundesregierung beteiligt ist, dafür einsetzen, dass das Umwelthaus zu einer tatsächlich neutralen Stelle hin entwickelt wird oder eine solche neutrale Stelle geschaffen wird?

Ja X
Nein

Wenn ja: Für welche diesbezüglichen Veränderungen würden Sie sich konkret einsetzen?

Antwort:

Das „Umwelthaus“ in Kelsterbach – das zeigt sich insbesondere auch an der dort gezeigte Ausstellung – ist derzeit ein Instrument für eine positive Imagewerbung zugunsten des Flugverkehrs und damit keine neutrale Institution. Genau dies muss es aber werden; hierfür muss das „Umwelthaus“ grundsätzlich neu aufgestellt werden. Dies bedeutet die Schaffung eines neuen Gesellschaftsvertrags (der GmbH) und neuer Regeln, die insbesondere eine wirksame Beteiligung (= Recht der Mitentscheidung) der Betroffenen (z. B. vertreten über die Bls) sicherstellen.

^[9] Siehe www.bundesanzeiger.de (Suchwort: Umwelthaus, danach: „Gemeinnützige Umwelthaus GmbH Wiesbaden“, Jahresabschluss für 2011 (letzter verfügbarer Jahresabschluss)

^[10] Lt. Angabe des Geschäftsführers der Umwelthauses beinhalten die 120.000 Euro Gesamtspenden an das Umwelthaus im Jahr 2011 eine Spende der Lufthansa i.H.v. 80.000 Euro.